

Symposium „Zehn Jahre Vertrag von Maastricht“

Am 30. November 2001 fand das vom **CeGE** organisierte und in der Öffentlichkeit mit großem Interesse wahrgenommene Symposium „Zehn Jahre Vertrag von Maastricht“ statt. In der Veranstaltung wurden zum einen wesentliche Aspekte der Diskussion der letzten zehn Jahre über die Europäische Währungsunion aufgearbeitet, zum anderen wurden auf der Basis der bisherigen Erfahrungen seit der Einführung des Euro die Perspektiven seiner künftigen Entwicklung diskutiert.

Am Vormittag hob zunächst Prof. Steinherr (Chefvolkswirt der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg und Universität Bozen) die Vorteile eines nun deutlich stärker integrierten europäischen Kapitalmarktes als ein wesentliches Plus auf der Erfolgsbilanz des Euro hervor. Dagegen betonte Prof. Starbatty (Universität Tübingen) die Notwendigkeit einer politischen Fundamentierung der Währungsunion und die hierfür nach wie vor zu rudimentären Ansätze.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Europäische Währungsunion – politischer Preis oder ökonomische Rationalität?“ wurden auch weiterhin sehr differenzierte Sichtweisen zu den Vor- und Nachteilen der Europäischen Währungsunion deutlich. Neben den beiden Referenten nahmen an dieser Diskussion teil: Dr. Hüfner (Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, München), David Marsh (Vizepräsident von Hawkpoint Partners, London) und Dr. Steuer (ehemals Geschäftsführer der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Bonn). Die Diskussion wurde geleitet von Dr. Mussler (Handelsblatt).

Der Nachmittag begann mit einem Vortrag von Prof. Welfens (Universität Potsdam), der die Gründe für Stabilitätsgefahren und Wachstumsschwäche der EU sowie die besonderen Herausforderungen durch die EU-Osterweiterung thematisierte. Im Zusammenhang mit der naherrückenden Osterweiterung stellt sich dabei auch die Frage, wie rasch und über welchen Weg sich die Beitrittsländer der Währungsunion anschließen sollten. Prof. Bofinger (Universität Würzburg) propagierte für die Übergangszeit die Strategie eines an Zins- und Wechselkurszielen orientierten Managed Floating.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben den beiden Referenten des Nachmittags Prof. Caesar (Universität



Prof. Dr. Renate Ohr beim Resümee

Hohenheim), Dr. Schweickert (Institut für Weltwirtschaft, Kiel) und Prof. Tangermann (Universität Göttingen) teil. Unter der Leitung von Prof. Hesse (Präsident a.D. der LZB von Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt) wurden die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Stabilität des Euro-Raums diskutiert.

Im abschließenden Resümee betonte Prof. Ohr (Direktorin des **CeGE**), dass die Bewährungsprobe für den Euro noch ausstehe. Insbesondere drei Situationen könnten hierfür ein Auslöser sein: Erstens, wenn die konjunkturelle Entwicklung sich weiterhin stark abschwäche und hierdurch der Zielkonflikt zwischen Beschäftigungssicherung einerseits und Inflationsbekämpfung andererseits wieder virulent werde; zweitens, wenn ein Umschwung in der Inflationsakzeptanz und den Inflationserwartungen weltweit entstehe und der Inflationstrend generell wieder zunehme; drittens, wenn die Osterweiterung die EU institutionell und finanziell zu stark belaste – und besonders, wenn der Euro-Club dazu noch allzu rasch um die osteuropäischen Länder erweitert werde. Der Euro solle daher nicht schon gleich mit der dritten Bewährungsprobe überfordert werden, solange noch nicht absehbar sei, ob er die ersten beiden Bewährungsproben unbeschadet überstehen könne. Die Währungsunion solle daher zunächst als „Club im Club“ weitergeführt werden.

Die Referate sowie die Ergebnisse der Diskussionen werden in Kürze in einem Tagungsband veröffentlicht.

Inhalt:

Symposium „Zehn Jahre Vertrag von Maastricht“	S. 1
Kommentar: Korruptionsbekämpfung in Mosambik	S. 2
Kommentar: Gemeinsame Geldpolitik und nationale Arbeitsmärkte	S. 3
CeGE-Intern	S. 4

Kommentar

Korruptionsbekämpfung in Mosambik

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft beurteilen Ökonomen zumeist anhand quantitativ messbarer und technisch ausgerichteter Variablen wie etwa Produktivität, Sachkapital, Humankapital oder dem technischen *know-how*. Zunehmend wurde im letzten Jahrzehnt die Bedeutung „weicher“ sozioökonomischer Faktoren wiederbelebt. Kulturelle Ursachen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit treten so wieder stärker in den Vordergrund. Im Rahmen dieser Forschungen wird die Bedeutung von „Good Governance“ für die wirtschaftliche Entwicklung betont, verstanden als Regierungsform, die sich der Förderung breiter Bevölkerungsschichten widmet. Die Bekämpfung der Korruption hat dabei für viele multilaterale Geber und Entwicklungshilfeorganisationen eine Priorität bekommen.

Ökonomische Theorien können zur Korruptionsbekämpfung wichtige Einsichten vermitteln. So wurde z.B. im Rahmen des *Public Choice* Ansatzes die Bedeutung von Regulierung und staatlichen Beschränkungen des Wettbewerbs als eine Ursache der Korruption hervorgehoben. Umgekehrt kann aber auch die Aussicht auf korrupte Einnahmen Bürokraten dazu veranlassen, Marktverzerrungen herbeizuführen. Die praktische Korruptionsbekämpfung hat in jüngster Vergangenheit weitere wichtige Beiträge zur akademischen Forschung gebracht. So ist z.B. die Korruption in Mosambik in den letzten Jahren verstärkt zu einem Problem geworden. In dem von Bürgerkrieg erschütterten Land wurde es zunehmend schwer, die Integrität von Politikern und öffentlich Bediensteten auf dem Niveau früherer Jahrzehnte zu halten, nicht zuletzt aufgrund der gesunkenen Löhne im öffentlichen Sektor. Die Reformmaßnahmen des IWF und der Weltbank, welche Deregulierung und Privatisierung beinhalteten, stehen interessanterweise im Verdacht, die Korruption eher forciert zu haben. Z.B. haben sich an der Privatisierung der Banken etliche Amtsträger bereichert und dabei gleichzeitig verhindert, dass auch breitere Bevölkerungsschichten einen Vorteil aus der Privatisierung ziehen konnten. Einen Höhepunkt der Skandale markiert die Ermordung des Journalisten Cardoso vor einem Jahr und vor wenigen Monaten die Ermordung des Direktors der Bankenaufsicht. Beide Mordfälle stehen im Zusammenhang mit der Aufdeckung von Korruptionsfällen durch diese Personen. Problematisch ist auch die enorme Schattenwirtschaft, der Schmuggel und die hiermit zusammenhängende Korruption bei Zollbehörden.

Bei dieser Bestandsaufnahme verwundert es nicht, dass Mosambik im Jahre 2000 in dem von uns im Auftrag von Transparency International erstellten Korruptionsindex nur auf Platz 81 kam. Während die skandinavischen Länder dort als weitgehend korruptionsfrei eingestuft werden, war Nigeria mit Position 90 das Schlusslicht der Liste. Selbst im Vergleich zu vielen afrikanischen Ländern wird Mosambik von Geschäftspersonen ein hohes Ausmaß an Korruption attestiert.



PD Dr. Johann Graf Lambsdorff

Seitens der Politik existiert eine verstärkte Bereitschaft, sich der Korruptionsbekämpfung zu widmen. Inwiefern dies mehr ist als ein Lippenbekenntnis muss sich erst erweisen. Dabei ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, dass eine anfänglich ernst gemeinte Initiative in gegenseitige Anklagen der beiden großen Parteien umschlägt. Diverse Regierungsstellen können und müssen in Zukunft konstruktiv zur Korruptionsbekämpfung beitragen. Seit zwei Jahren ist mit Joaquim Madeira ein Generalstaatsanwalt im Amt, dessen Arbeit diesbezüglich Beachtung verdient. Obwohl bereits auf mehrere seiner Mitarbeiter Mordanschläge verübt wurden, scheint sein kleines Team sich weiter engagiert der Bekämpfung der Korruption zu widmen — derzeit mit einem Schwerpunkt bei der Korruption im Justizwesen. Auch der geplante Aufbau einer aussagekräftigen Buchführung für öffentliche Haushalte und Kontrollen durch Wirtschaftsprüfer könnte in Zukunft die Korruption reduzieren, insbesondere die Unterschlagung öffentlichen Eigentums. Technische und finanzielle Hilfestellungen müssen hierzu auch im Rahmen der Entwicklungshilfe gewährt werden, sie können aber alleine nicht ausreichen. Aus politökonomischer Perspektive ist nur ein geringes Interesse von Regierungen an der Korruptionsbekämpfung zu vermuten; sie profitieren ja gerade von den involvierten Pfründen. So ist eine aufstrebende Zivilgesellschaft ein weiterer wichtiger Pfeiler einer Anti-Korruptionsstrategie. Mit „Etica Mosambik“ hat sich kürzlich eine Nicht-Regierungsorganisation gegründet, welche sich der Korruptionsbekämpfung verschrieben hat. Die Medien sind genauso gefordert, durch ihre Berichterstattung eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Ein offener Dialog über die Probleme des Landes wird noch lange geführt werden müssen, ein Dialog, welcher Reformbemühungen von Teilen der Regierung bewertet und ermuntert und dabei die Maßnahmen der Zivilgesellschaft und der Medien mit einfließen lässt.

PD Dr. Johann Graf Lambsdorff, *CeGE*

Kommentar

Gemeinsame Geldpolitik und nationale Arbeitsmärkte

Seit Anfang dieses Jahres sind die Länder des Euroraums in die letzte Phase des Übergangs zur Europäischen Währungsunion eingetreten. Mit der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen entfällt an den Binnengrenzen der Zwang zum Geldwechsel, grenzüberschreitende Preisvergleiche werden erleichtert und der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr wird sich vermutlich auf Dauer verbilligen. Damit werden die Volkswirtschaften im Euroraum enger als bisher miteinander verzahnt.

Jetzt, da der Übergang zur Europäischen Währungsunion weitgehend abgeschlossen ist, wird stärker als bisher in das Bewusstsein rücken, was eine gemeinsame Geldpolitik bedeutet: Sie muss sich an der durchschnittlichen wirtschaftlichen Lage im Euroraum orientieren und kann nicht mehr individuell auf die einzelnen Ländern ausgerichtet werden. Hierbei stehen die unterschiedlichen Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten im Mittelpunkt des Interesses. So reicht nach den Angaben des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Arbeitslosenquote im Euroraum z. Z. von 2,4 % (Luxemburg) bzw. 2,5 % (Niederlande) bis zu 13,1 % (Spanien).

Diese massiven Unterschiede in der Arbeitslosenquote können die gemeinsame Geldpolitik auf Dauer vor Probleme stellen. Zwar ist es nach dem EG-Vertrag das vorrangige Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB), Preis(niveau)stabilität zu gewährleisten; darüber hinaus hat sie aber auch die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft zu unterstützen, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Preisstabilität möglich ist. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich auf das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes Bezug genommen. Unabhängig von dieser vertraglichen Verpflichtung ist die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Euroraum auch deshalb für die gemeinsame Geldpolitik von Bedeutung, weil sie einen großen Einfluss darauf hat, inwieweit die Politik der EZB in den einzelnen Ländern mit einer breiten Unterstützung durch die öffentliche Meinung rechnen kann.

Die Akzeptanz der gemeinsamen Geldpolitik in den einzelnen Mitgliedsländern wird also von länderspezifischen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit beeinflusst; die gemeinsame Geldpolitik ist aber außerstande, den Besonderheiten in den einzelnen Mitgliedsländern Rechnung zu tragen. Vielmehr unterliegt diese Aufgabe den Regierungen und den Akteuren auf den nationalen Arbeitsmärkten. Der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung kommt dabei eine strategische Bedeutung zu: Je höher in einem Mitgliedsland die Arbeitslosigkeit ist, desto niedriger sollten die Lohnsteigerungen ausfallen. Auf diese Weise besteht die Chance, dass die Unternehmen des betreffenden Landes ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konkurrenten aus den anderen Ländern des Euroraums verbessern und so zu einer Angleichung der Beschäftigungsentwicklung beitragen. Neben dieser optimistischen wird auch eine pessimistische Sicht zur künftigen Entwicklung im Euroraum vertreten. Die Einführung des Euro als tägliche Recheneinheit erleichtert nicht nur den Ver-



Prof. Dr. Peter Rühmann

gleich der Preise, sondern auch der Löhne. Es ist denkbar, dass dies der Forderung nach einer raschen Lohnangleichung Nachdruck verleiht. Vielfach wird befürchtet, dass diese Forderung in Ländern mit verhältnismäßig niedriger Produktivität und dementsprechend verhältnismäßig niedrigen Löhnen und mit hoher Arbeitslosigkeit durchgesetzt wird. Wenn die Produktivitätsfortschritte nicht Schritt halten, würden die Lohnstückkosten überdurchschnittlich steigen und die Unterschiede an den Arbeitsmärkten würden sich verschärfen, mit nachteiligen Folgen für die Akzeptanz der gemeinsamen Geldpolitik.

Die bereits seit Anfang 1999 von der EZB betriebene gemeinsame Geldpolitik erlaubt eine Auswertung der ersten Erfahrungen. In den letzten drei Jahren hat sich die Spannweite zwischen den Arbeitslosenquoten etwas verringert, nämlich von 13,4 (1999) auf jetzt 10,7 Prozentpunkte. Diese Verringerung geht insbesondere auf die Abnahme der Arbeitslosenquote in Spanien zurück. Allerdings entsprechen die vorliegenden Daten nicht voll der optimistischen Sichtweise, dass die erfolgte Angleichung der Lohnentwicklung zuzurechnen ist. Der Rückgang der Arbeitslosenquote in Spanien wurde nämlich von einem Anstieg der Lohnstückkosten begleitet, der den Durchschnitt im Euroraum übertraf. Es lässt sich also festhalten, dass trotz einer leicht konvergierenden Entwicklung in den Arbeitslosenquoten noch kein Anlass zu einer Entwarnung besteht, weil die Anzeichen nicht dafür sprechen, dass diese Entwicklung in einer auf Konvergenz ausgerichtete Lohnpolitik begründet ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass erst seit dem Beginn dieses Jahres im Euroraum alle Löhne und Preise in einer einheitlichen Währung ausgedrückt werden. Deshalb bleibt abzuwarten, ob die damit verbundene verbesserte Transparenz die von manchen befürchtete divergierende Entwicklung auf den Arbeitsmärkten auslösen wird oder nicht.

Prof. Dr. Peter Rühmann, Volkswirtschaftliches Seminar

CeGE-Intern:

„Internationale Verrechnungspreise“, eine Ringveranstaltung im Sommersemester 2002

Globalisierung und Steuerwettbewerb haben in den vergangenen Jahren zu veränderten Konzernstrukturen und Geschäftsabläufen, sowie einem Anstieg der konzerninternen Lieferungs- und Leistungsbeziehungen geführt. Gleichzeitig haben viele Länder ihre nationalen Regelungen zur Bestimmung konzerninterner Verrechnungspreise im Interesse einer Sicherung des lokalen Steueraufkommens überarbeitet und verschärft. Ebenso hat in Deutschland die Finanzverwaltung damit begonnen, solche Verwaltungsgrundsätze, welche die Prüfung der Einkommensabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen betreffen, an die internationalen Standards anzupassen.

Vor diesem Hintergrund bietet das Institut für deutsche und internationale Besteuerung in Zusammenarbeit mit dem CeGE in der Zeit vom 11.04. – 04.07.2002 unter der Leitung von Prof. Oestreicher eine Ringveranstaltung an. Zur Teilnahme eingeladen, sind nicht nur die Studierenden des Fachgebietes und des Studiengangs „Internationale Wirtschaft“, sondern ebenso Interessierte aus anderen Fachbereichen, der Wirtschaft und Verwaltung. Ziel der Veranstaltung soll die Vermittlung der Grundprinzipien zur Bestimmung der Verrechnungspreise sein, genauso wie die Diskussion aktueller Streitpunkte. Die neuen Anforderungen sowie Ansätze einer unternehmerischen Verrechnungspolitik sollen vorgestellt und in ihrer Bedeutung für die Gewinnabgrenzung internationaler Unternehmen analysiert werden.

Unter den Referenten sind:

- Dr. Matthias Becker, Mitglied des Vorstands der Bahlsen GmbH & Co. KG
- Dr. Thomas Borstell, Vorstandsmitglied von Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG
- Prof. Dr. Klaus Kleine, Ltd. Regierungsdirektor a. D.
- Dr. Wolfgang Kumpf und Dr. Andreas Roth von Deere & Company
- Dr. Stephan Schnorberger und Marius Möller, Partner bei PricewaterhouseCoopers GmbH
- Dipl. Finanzwirt Rolf Schreiber, Bundesministerium der Finanzen
- Prof. Dr. Franz Wassermeyer, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
- Michael Wichmann, Regierungsdirektor
- Dr. Heidrun Zierfas, Leiterin Internationales Steuerrecht der Volkswagen AG

Anmeldungen und Anforderungen für weitere Informationen können Sie per Mail an steuerlehre@uni-goettingen.de richten. Telefonische Auskünfte erhalten Sie unter 05 51 / 39 – 73 08.

Neue Diskussionspapiere:

- **Andreas Haufler** und **Ian Wooton** : Regional Tax Coordination and Foreign Direct Investment

Neuerscheinungen:

- Von Cramon-Taubadel, Stephan / Zorya, Sergiy / Striewe, Ludwig (eds.): „Policies and Agricultural Development in Ukraine“, Aachen 2001 (ISBN 3-8265-9477-0) oder in ukrainischer Sprache (ISBN 966-95492-7-2)
- Von Cramon-Taubadel, Stephan / Akimova, Iryna (eds.): „Fostering Sustainable Growth in Ukraine“, Heidelberg, New York 2002 (ISBN 3-7908-1464-4)

Vorträge:

- Vom 28. - 30.11.2001 moderierte **Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel** anlässlich der zweiten deutsch-ukrainischen Agrarbörse „Agrokontakte 2001“ an der Nationalen Agrar-Universität in Kiew / **Ukraine** in Zusammenarbeit mit dem Ministerkabinett, eine Gesprächsrunde mit ukrainischen Spitzenpolitikern und Wirtschaftsvertretern.
- **PD Dr. Joachim Ahrens** hielt am 5.01.2002 auf der Jahrestagung der Association for Comparative Economic Studies in Atlanta / **USA** einen Vortrag zum Thema „Nice Try – Try Harder. A Club-Theoretical Perspective on an Enlarged European Union“.

Verschiedenes:

- **Prof. Dr. Andreas Oestreicher** wurde als Zeichen der Verbundenheit zum ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim) und für seine dortige Arbeit der Titel eines **Forschungsprofessors** verliehen. Zur Zeit leitet er dort ein Projekt zur Analyse handels- und steuerrechtlicher Abschreibungsregelungen, welches durch das Bundesministerium der Finanzen getragen wird.
- **Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel** hat einen **Ruf** von der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn **abgelehnt**. Das CeGE freut sich über seine Entscheidung, an der Universität Göttingen zu bleiben.
- **Prof. Dr. Stefan Tangermann** wird zum 1. Februar 2002 die Position des „Director for Food, Agriculture and Fisheries“ bei der **OECD** in Paris übernehmen. Für die dreijährige Vertragsdauer wird er von seiner Göttinger Professur beurlaubt.
- Auf Einladung des CeGE hielt **Prof. Dr. Herman W. Hoen** von der Universität Groningen / **Niederlande** als Gastdozent im November 2001 ein zweiwöchiges, englischsprachiges Blockseminar zum Thema „The Political Economy of Transformation in Central and Eastern Europe“.
- Aktuelle Infos zur Arbeit des CeGE, den laufenden Forschungsarbeiten und dem Bachelor- / Masterstudiengang „Internationale Wirtschaft“ finden Sie unter:
www.cege.wiso.uni-goettingen.de.

Impressum:

Herausgeber: Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, Tel. 0551/397091, Fax. 0551/397093, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr

Redaktion: Prof. Dr. Renate Ohr

Layout: Bianca Hoffmann **Druck:** GWDG, Göttingen